

Antragsbereich P / **Antrag P3**

AntragstellerInnen: AfA-

Landesvorstand Bayern

Empfänger: Bundesparteitag

P3: Handlungsfähiger Staat - soziale Gerechtigkeit - Demokratie - Solidarität

Antragsteller: AfA-Landesvorstand Bayern

Adressat: AfA-Landeskonferenz, AfA-
Bundeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-
5 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-
Mitglieder der Bundesregierung

10 **Handlungsfähiger Staat - soziale Gerechtigkeit -
Demokratie - Solidarität**

(Aufruf von Sozialdemokrat*innen für eine politische
Offensive)

15

Es gehört zum Standard in den aktuellen Kommen-
taren zur politischen Lage: Demokratie, Wohlstand,
20 gesellschaftlicher Zusammenhalt - alles ist in höchster
Gefahr. Als Sozialdemokrat*innen wollen wir aber
statt über die täglichen Symptome über Ursachen
und Lösungen diskutieren und entscheiden. Die
Sozialdemokratie muss wieder den Mut fassen, die
25 Widersprüche und Aufgaben unserer Zeit klar zu
benennen und um Mehrheiten für die notwendigen

Veränderungen zu kämpfen.

30

Ausgangslage:

Wir leben in einer Welt, in der wir es mit verschiedenen ineinander verschränkten **Krisen** zu tun haben:

35

- Seit Mitte der 1970er Jahre befinden wir uns in einer neuen Phase der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung: das Wohlstandsmodell der Nachkriegszeit wurde schrittweise vom Neoliberalismus abgelöst. Globale Unternehmen und superreiche Einzelpersonen befreien sich von den Fesseln staatlicher Regulierung, von Sozialstaat, Steuern, Arbeitsbeziehungen, Rechtsetzung. Finanzmärkte ermöglichen das Abheben von lokalen und regionalen Bindungen. Es läuft eine Periode **der Umverteilung des wachsenden Reichtums von unten nach oben** mit einer sich zuspitzenden **sozialen Krise**. Immer mehr Menschen erleben unsere Gesellschaft als ungerecht und zweifeln an der Demokratie.

40

45

- Auch die weltweiten Ungleichgewichte zwischen den entwickelten kapitalstarken Industrieländern und den Regionen des sogenannten globalen Südens nehmen zu. Die kapitalschwachen Länder bleiben weiter in Abhängigkeit. Dies übt, zusammen mit dem Wohlstandsgefälle zu den ehemaligen Ostblockstaaten, Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen in den entwickelteren Ländern aus. An den Rändern dieser Zonen unterschiedlichen Reichtums entstehen immer neue Konflikte und Brandherde. Hier werden neue Mauern und Grenzen ge-

55

60

- zogen. Globale geopolitische **Krisen und Kriege um Rohstoffe, Märkte, Handelswege und Einflusszonen** nehmen zu. Das westliche Modell von Freiheit und Demokratie büßt weltweit und im Inneren an Zustimmung ein.
- 65
- Die Endlichkeit und begrenzte Belastbarkeit der natürlichen Ressourcen, von Rohstoffen, Wasser und Klima werden immer wahrnehmbarer. Die Konkurrenz der Volkswirtschaften und Staaten schwächt die Wirkung von Programmen gegen die **ökologische Krise**.
 - Die Arbeitswelt unterliegt, beschleunigt durch die Pandemie, einer umfassenden **Transformation**. Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter, neue Formen der Mobilität erfassen **alle Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit** von der Landwirtschaft über die Industrie bis zu Dienstleistungen und Kultur. Sie führen zu neuen Spaltungen, Abstiegen und Individualisierungen, zu Status- und Zukunftsängsten.
 - Reichtumsgefälle, Klimawandel, zunehmende inner- und zwischenstaatliche Gewalt verursachen **Migration** über ein Maß hinaus, das von den Herkunfts-, Transit- und Zielländern erwünscht, steuerbar und verträglich ist.
 - Der neoliberale Traum vom „Schlanken Staat“, die kapitalgetriebene Globalisierung, der hierdurch mitverursachte Einnahmenschwund bei der Besteuerung von Kapital, die Erpressbarkeit nationaler Politik durch globale Konzerne und Investoren, erhöhter Regulierungsbedarf, steigende Reparaturkosten für die Krisenfolgen und militärische Aufrüstung **höhlen staatliche Handlungsfähigkeit und demokratische Handlungsspielräume aus**.
- 70
- 75
- 80
- 85
- 90

95 Aus einer verunsicherten, mehrfach gespaltenen
Gesellschaft erwachsen derzeit keine politischen
Mehrheiten, die die Kraft hätten, eine Umverteilung
von Macht und Geld durchzusetzen. So wirkt bei-
spielsweise die Selbstfesselung Deutschlands und
100 der EU durch diverse „Schuldenbremsen“ als Zu-
kunftsblockade und wird zum sozialen Sprengsatz.

- Gewerkschaften, Verbände und gesellschaftliche
Bewegungen, die auf solidarischem Handeln fußen,
wirken zwar noch in ihrem unmittelbaren Umfeld,
105 verlieren aber gegenüber mächtigen Sonderinter-
essen an politischem Einfluss. Die Veränderungen
in der **Zivilgesellschaft** verstärken die **Krisen der
Demokratie**. Es entsteht ein Kreislauf von Entsol-
darisierung, Radikalisierung und Rechtsverschie-
bung im gesamten gesellschaftlichen und politi-
110 schen Spektrum.

In dieser Situation ist die Sozialdemokratie gefordert,
diese tiefen Krisen zu erkennen und sozialdemokra-
tische Antworten darauf zu geben. Sie muss dies
115 erst recht tun in Regierungsverantwortung, in der
Koalitionskompromisse mangels eigener Mehrheiten
notwendig sind. Ausgangspunkt eines solchen Sofort-
programms müssen **Demokratie, Gute Arbeit und
soziale Gerechtigkeit** sein.

120

**Wir fordern eine Mobilisierung der sozialen De-
mokratie mit folgenden Hauptzielen:**

125

1. **Handlungsfähiger Staat: Vorrang für Gerechtig-
keit, Respekt, Gleichstellung, Solidarität:**

- Erhalt/Schaffung einer flächendeckenden, qualita-

130 tiv angemessenen Infrastruktur in Bereichen des
alltäglichen Bedarfs wie Mobilität, Kinderbetreu-
ung, Bildung, Post- und Finanzdienstleistungen, Ge-
sundheit. Erhalt des 49€-Tickets und Erhöhung der
Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonen-
verkehr. Stopp aller weiteren Privatisierungen und
135 Verkäufe staatlichen und öffentlichen Eigentums.
Rückführung wesentlicher Bereiche der Daseins-
vorsorge in vollständiges öffentliches Eigentum in
Bereichen wie Bahn, Post, Telekommunikationsnet-
ze, Energie und Gesundheit. Schaffung eines markt-
140 beherrschenden Korridors öffentlichen Eigentums
in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge wie
soziale Dienstleistungen, Banken und Wohnen. Fi-
nanzierung durch eine Vermögensabgabe und eine
Sonderbesteuerung von Krisengewinnen, beispiels-
145 weise im Energie- und Rüstungssektor. Reform des
öffentlichen Dienstes: angemessene Personalaus-
stattung, Transparenz, Demokratisierung, geordne-
te Digitalisierung über alle staatlichen Ebenen hin-
weg. Dadurch mehr Bürgerfreundlichkeit, bessere
150 Rechtsdurchsetzung bei Schwarzarbeit, Steuerde-
likten, Geldwäsche, Sicherheit und Demokratiege-
fährdung und schnellere Umsetzung von wichtigen
Zukunftsprojekten.

- Mindestlohn von 60 % des Medianlohnes nach den
155 Richtlinien der EU;
- Tarifbindung von 80%, insbesondere durch ein neu-
es Vergaberecht mit Tariftreue für alle wesentlichen
Teile der gesamten Lieferkette; durch ein Zuwan-
derungsrecht, das die Arbeitserlaubnis für Beschäf-
160 tigte aus Drittstaaten an die Tarifbindung des Ar-
beitgebers und die Zustimmung des Betriebsrates
knüpft. Keine Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik.

- 165 Recht auf arbeitgeberfinanzierte Weiterbildung. Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts. Erfassung und Kontrolle aller Arbeitszeiten, Schließung der „gender pay gap“.
- 170 • Paritätische Mitbestimmung in allen Unternehmen ab 500 Beschäftigten mit erweitertem Katalog an zustimmungspflichtigen Geschäften für Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräte.
 - 175 • Rentenreform: Erwerbstätigenversicherung, Rentenniveau 53% ohne Privatisierung, degressiv gestaffelte Übernahme des Arbeitnehmerbeitrags für Geringverdienende durch den Arbeitgeber. Einführung einer Pflege-Vollversicherung.
 - 180 • Offensive für öffentliche Investitionen, u.a. Schaffung eines Sondervermögens für Infrastruktur, Transformation und den Bau bezahlbaren Wohnraums; Investition der Rücklagen der Gesetzlichen Rentenversicherung in den Bau bezahlbaren Wohnraums im Eigentum der GRV. Unterstützung der industriellen Transformation durch staatlich geförderte und gewerkschaftlich mitbestimmte „Transformationscluster“, Förderung einer klimagerechten, nachhaltigen Produktion. Bindung aller staatlichen Zuschüsse an tarifliche Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und mindestens zehnjährige Standorttreue.
 - 185
 - 190 • Einrichtung von zentralen Anlaufstellen (Beratung, Beschwerden, Überleitung in das staatliche Rechtssystem) in der Regie der Gewerkschaften für alle Konflikte und Verstöße im Bereich der Arbeitswelt: von beispielsweise Whistleblowing über Nichteinhaltung von Schutzrechten, Mindestlohn und Tarifverträgen, Union-Busting, Betriebs- und Personalvertretungsrecht.
 - 195

- Umfassende Steuerreform zugunsten der Arbeits-einkommen zulasten von großen Vermögen und Spitzeneinkommen. Vereinfachung des Umsatzsteuerrechts. Rückerstattung der CO2-Abgabe ab 1.1.2025 durch ein Klimageld für Bezieher*innen mittlerer und geringer Einkommen.

205 **1. Internationaler Bereich: Mehr Diplomatie wa-
gen, Handel im Dienst der Gerechtigkeit**

- Ergänzende diplomatische Initiativen zur Beendi-gung des Krieges in der Ukraine und in Nahost. Kei-ne Wehr- und Dienstpflicht, keine Entsendung der Bundeswehr ohne UN-Mandat.
- Reform der Handelspolitik durch Ausbau des Sys-tems der Klimazölle und Einführung eines Sozia-len Grenzausgleichssystems mit Zöllen gegen Lohn- und Sozialdumping.

215

**III. Parlamentarische Demokratie leben - Partei
von oben her demokratisieren**

- Belebung der parlamentarischen Demokratie: kei-ne einsamen Entscheidungen größerer Tragwei-te durch kleine Spitzenrunden, rechtzeitige Beteili-gung von Fraktion und Partei.
- Wiederbelebung und Modernisierung der innerpar-teilichen Demokratie: Schluss mit dem Leitantrags-wesen auf Bundesparteitagen, mehr Zeit für in-haltliche Debatten, Teilplenen, Transparenz bei Per-sonalentscheidungen, Zugang zu Protokollen von Vorstandsgremien für Vorstandsmitglieder der je-weils nächsten Ebene, Kernwählerschaft durch Stär-

230

235 kung der strategischen Arbeitsgemeinschaften einbinden, Gremienschungel auf Bundesebene ichten, analogen Austausch und digitale Vernetzung der Parteigremien und -Mitglieder untereinander ermöglichen und unterstützen.

Begründung

Handlungsfähiger Staat - soziale Gerechtigkeit - Demokratie - Solidarität

240

(Aufruf von Sozialdemokrat*innen für eine politische Offensive)

245

Es gehört zum Standard in den aktuellen Kommentaren zur politischen Lage: Demokratie, Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt - alles ist in höchster Gefahr. Als Sozialdemokrat*innen wollen wir aber
250 statt über die täglichen Symptome über Ursachen und Lösungen diskutieren und entscheiden. Die Sozialdemokratie muss wieder den Mut fassen, die Widersprüche und Aufgaben unserer Zeit klar zu benennen und um Mehrheiten für die notwendigen
255 Veränderungen zu kämpfen.

Ausgangslage:

260

Wir leben in einer Welt, in der wir es mit verschiedenen ineinander verschränkten **Krisen** zu tun haben:

- Seit Mitte der 1970er Jahre befinden wir uns in einer

- 265 neuen Phase der weltweiten wirtschaftlichen Ent-
wicklung: das Wohlstandsmodell der Nachkriegs-
zeit wurde schrittweise vom Neoliberalismus abge-
löst. Globale Unternehmen und superreiche Einzel-
personen befreien sich von den Fesseln staatlicher
270 Regulierung, von Sozialstaat, Steuern, Arbeitsbezie-
hungen, Rechtsetzung. Finanzmärkte ermöglichen
das Abheben von lokalen und regionalen Bindun-
gen. Es läuft eine Periode **der Umverteilung des
wachsenden Reichtums von unten nach oben**
275 mit einer sich zuspitzenden **sozialen Krise**. Immer
mehr Menschen erleben unsere Gesellschaft als un-
gerecht und zweifeln an der Demokratie.
- Auch die weltweiten Ungleichgewichte zwischen
den entwickelten kapitalstarken Industrieländern
280 und den Regionen des sogenannten globalen Sü-
dens nehmen zu. Die kapitalschwachen Länder blei-
ben weiter in Abhängigkeit. Dies übt, zusammen
mit dem Wohlstandsgefälle zu den ehemaligen Ost-
blockstaaten, Druck auf die Arbeits- und Lebensbe-
285 dingungen in den entwickelteren Ländern aus. An
den Rändern dieser Zonen unterschiedlichen Reich-
tums entstehen immer neue Konflikte und Brand-
herde. Hier werden neue Mauern und Grenzen ge-
zogen. Globale geopolitische **Krisen und Kriege
um Rohstoffe, Märkte, Handelswege und Ein-
flusszonen** nehmen zu. Das westliche Modell von
290 Freiheit und Demokratie büßt weltweit und im In-
neren an Zustimmung ein.
 - Die Endlichkeit und begrenzte Belastbarkeit der na-
295 türlichen Ressourcen, von Rohstoffen, Wasser und
Klima werden immer wahrnehmbarer. Die Konkur-
renz der Volkswirtschaften und Staaten schwächt
die Wirkung von Programmen gegen die **ökologi-**

sche Krise.

- 300 • Die Arbeitswelt unterliegt, beschleunigt durch die
Pandemie, einer umfassenden **Transformation**.
Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Ausstieg aus
dem fossilen Zeitalter, neue Formen der Mobilität
erfassen **alle Bereiche der gesellschaftlichen Ar-**
305 **beit** von der Landwirtschaft über die Industrie bis
zu Dienstleistungen und Kultur. Sie führen zu neu-
en Spaltungen, Abstiegen und Individualisierungen,
zu Status- und Zukunftsängsten.
- Reichtumsgefälle, Klimawandel, zunehmende
310 inner- und zwischenstaatliche Gewalt verursachen
Migration über ein Maß hinaus, das von den
Herkunfts-, Transit- und Zielländern erwünscht,
steuerbar und verträglich ist.
- Der neoliberale Traum vom „Schlanken Staat“,
315 die kapitalgetriebene Globalisierung, der hierdurch
mitverursachte Einnahmenschwund bei der Be-
steuerung von Kapital, die Erpressbarkeit nationa-
ler Politik durch globale Konzerne und Investoren,
erhöhter Regulierungsbedarf, steigende Reparatur-
320 kosten für die Krisenfolgen und militärische Auf-
rüstung **höhlen staatliche Handlungsfähigkeit
und demokratische Handlungsspielräume aus**.
Aus einer verunsicherten, mehrfach gespaltenen
Gesellschaft erwachsen derzeit keine politischen
325 Mehrheiten, die die Kraft hätten, eine Umverteilung
von Macht und Geld durchzusetzen. So wirkt bei-
spielsweise die Selbstfesselung Deutschlands und
der EU durch diverse „Schuldenbremsen“ als Zu-
kunftsblockade und wird zum sozialen Sprengsatz.
- 330 • Gewerkschaften, Verbände und gesellschaftliche
Bewegungen, die auf solidarischem Handeln fußen,
wirken zwar noch in ihrem unmittelbaren Umfeld,

335 verlieren aber gegenüber mächtigen Sonderinteressen an politischem Einfluss. Die Veränderungen in der **Zivilgesellschaft** verstärken die **Krisen der Demokratie**. Es entsteht ein Kreislauf von Entsolidarisierung, Radikalisierung und Rechtsverschiebung im gesamten gesellschaftlichen und politischen Spektrum.

340 In dieser Situation ist die Sozialdemokratie gefordert, diese tiefen Krisen zu erkennen und sozialdemokratische Antworten darauf zu geben. Sie muss dies erst recht tun in Regierungsverantwortung, in der Koalitionskompromisse mangels eigener Mehrheiten
345 notwendig sind. Ausgangspunkt eines solchen Sofortprogramms müssen **Demokratie, Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit** sein.

350

Wir fordern eine Mobilisierung der sozialen Demokratie mit folgenden Hauptzielen:

355 1. **Handlungsfähiger Staat: Vorrang für Gerechtigkeit, Respekt, Gleichstellung, Solidarität:**

• Erhalt/Schaffung einer flächendeckenden, qualitativ angemessenen Infrastruktur in Bereichen des alltäglichen Bedarfs wie Mobilität, Kinderbetreuung, Bildung, Post- und Finanzdienstleistungen, Gesundheit. Erhalt des 49€-Tickets und Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonenverkehr. Stopp aller weiteren Privatisierungen und Verkäufe staatlichen und öffentlichen Eigentums. Rückführung wesentlicher Bereiche der Daseinsvorsorge in vollständiges öffentliches Eigentum in
365 Bereichen wie Bahn, Post, Telekommunikationsnet-

ze, Energie und Gesundheit. Schaffung eines marktbeherrschenden Korridors öffentlichen Eigentums in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge wie soziale Dienstleistungen, Banken und Wohnen. Finanzierung durch eine Vermögensabgabe und eine Sonderbesteuerung von Krisengewinnen, beispielsweise im Energie- und Rüstungssektor. Reform des öffentlichen Dienstes: angemessene Personalausstattung, Transparenz, Demokratisierung, geordnete Digitalisierung über alle staatlichen Ebenen hinweg. Dadurch mehr Bürgerfreundlichkeit, bessere Rechtsdurchsetzung bei Schwarzarbeit, Steuerdelikten, Geldwäsche, Sicherheit und Demokratiegefährdung und schnellere Umsetzung von wichtigen Zukunftsprojekten.

- Mindestlohn von 60 % des Medianlohnes nach den Richtlinien der EU;
- Tarifbindung von 80%, insbesondere durch ein neues Vergaberecht mit Tariftreue für alle wesentlichen Teile der gesamten Lieferkette; durch ein Zuwanderungsrecht, das die Arbeitserlaubnis für Beschäftigte aus Drittstaaten an die Tarifbindung des Arbeitgebers und die Zustimmung des Betriebsrates knüpft. Keine Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik. Recht auf arbeitgeberfinanzierte Weiterbildung. Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts. Erfassung und Kontrolle aller Arbeitszeiten, Schließung der „gender pay gap“.
- Paritätische Mitbestimmung in allen Unternehmen ab 500 Beschäftigten mit erweitertem Katalog an zustimmungspflichtigen Geschäften für Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräte.
- Rentenreform: Erwerbstätigenversicherung, Rentenniveau 53% ohne Privatisierung, degressiv ge-

staffelte Übernahme des Arbeitnehmerbeitrags für Geringverdienende durch den Arbeitgeber. Einführung einer Pflege-Vollversicherung.

- 405 • Offensive für öffentliche Investitionen, u.a. Schaffung eines Sondervermögens für Infrastruktur, Transformation und den Bau bezahlbaren Wohnraums; Investition der Rücklagen der Gesetzlichen Rentenversicherung in den Bau bezahlbaren Wohnraums im Eigentum der GRV. Unterstützung der
- 410 industriellen Transformation durch staatlich geförderte und gewerkschaftlich mitbestimmte „Transformationscluster“, Förderung einer klimagerechten, nachhaltigen Produktion. Bindung aller staatlichen Zuschüsse an tarifliche Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und mindestens zehnjährige
- 415 Standorttreue.
- Einrichtung von zentralen Anlaufstellen (Beratung, Beschwerden, Überleitung in das staatliche Rechtssystem) in der Regie der Gewerkschaften für alle
- 420 Konflikte und Verstöße im Bereich der Arbeitswelt: von beispielsweise Whistleblowing über Nichteinhaltung von Schutzrechten, Mindestlohn und Tarifverträgen, Union-Busting, Betriebs- und Personalvertretungsrecht.
- 425 • Umfassende Steuerreform zugunsten der Arbeitseinkommen zulasten von großen Vermögen und Spitzeneinkommen. Vereinfachung des Umsatzsteuerrechts. Rückerstattung der CO2-Abgabe ab
- 430 1.1.2025 durch ein Klimageld für Bezieher*innen mittlerer und geringer Einkommen.

1. Internationaler Bereich: Mehr Diplomatie wagen, Handel im Dienst der Gerechtigkeit

- 435 • Ergänzende diplomatische Initiativen zur Beendi-
gung des Krieges in der Ukraine und in Nahost. Kei-
ne Wehr- und Dienstpflicht, keine Entsendung der
Bundeswehr ohne UN-Mandat.
- Reform der Handelspolitik durch Ausbau des Sys-
440 tems der Klimazölle und Einführung eines Sozia-
len Grenzausgleichssystems mit Zöllen gegen Lohn-
und Sozialdumping.

445 **III. Parlamentarische Demokratie leben - Partei von oben her demokratisieren**

- Belebung der parlamentarischen Demokratie: kei-
450 ne einsamen Entscheidungen größerer Tragwei-
te durch kleine Spitzenrunden, rechtzeitige Beteili-
gung von Fraktion und Partei.
- Wiederbelebung und Modernisierung der innerpar-
teilichen Demokratie: Schluss mit dem Leitantrags-
wesen auf Bundesparteitagen, mehr Zeit für in-
455 haltliche Debatten, Teilplenen, Transparenz bei Per-
sonalentscheidungen, Zugang zu Protokollen von
Vorstandsgremien für Vorstandsmitglieder der je-
weils nächsten Ebene, Kernwählerschaft durch Stär-
kung der strategischen Arbeitsgemeinschaften ein-
460 binden, Gremienschungel auf Bundesebene lich-
ten, analogen Austausch und digitale Vernetzung
der Parteigremien und -Mitglieder untereinander
ermöglichen und unterstützen.